

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 812

**Gefahrenabwehr
und Strafverfolgung
im Internet**

Von

Michael Germann



Duncker & Humblot · Berlin

MICHAEL GERMANN

**Gefahrenabwehr und Strafverfolgung
im Internet**

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 812

Gefahrenabwehr und Strafverfolgung im Internet

Von

Michael Germann



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Germann, Michael:

Gefahrenabwehr und Strafverfolgung im Internet / Michael Germann. –

Berlin : Duncker und Humblot, 2000

(Schriften zum öffentlichen Recht ; Bd. 812)

Zugl.: Erlangen, Nürnberg, Univ., Diss., 1999

ISBN 3-428-09985-0

D 29

Alle Rechte vorbehalten

© 2000 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fremddatenübernahme: Klaus-Dieter Voigt, Berlin

Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0582-0200

ISBN 3-428-09985-0

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☉

Vorwort

Dieses Buch ist die aktualisierte Fassung meiner Inaugural-Dissertation, die von der Juristischen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg im Sommersemester 1999 angenommen wurde. Gesetzgebung, technische Normen, Literatur und Rechtsprechung sind berücksichtigt, soweit sie bis zum 30.6.1999 veröffentlicht waren. Alle angegebenen Internet-Quellen sind ebenfalls zuletzt an diesem Stichtag abgerufen worden. Ganz vereinzelt konnten auch spätere Veröffentlichungen noch eingearbeitet werden.

Mit Freude sage ich Dank: an erster Stelle meinem verehrten Doktorvater, Herrn Professor Dr. jur. Christoph Link, der meine Arbeit und mich in jeder Hinsicht vorbehaltlos, geduldig und mit großem Einsatz gefördert hat und fördert; sodann Herrn Professor Dr. jur. Matthias Schmidt-Preuß für die freundliche Erstattung des Zweitgutachtens; der Juristischen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität für die Verleihung des Promotionspreises; Herrn Professor Dr. jur. h. c. Norbert Simon und dem Verlag Duncker & Humblot für die ungewöhnlich rasche und entgegenkommende Bereitschaft, die Arbeit in die „Schriften zum Öffentlichen Recht“ aufzunehmen, sowie der Schmitz-Nüchterlein-Stiftung für ihren Förderpreis mit dem großzügigen Druckkostenzuschuß. Zu danken habe ich ferner für vielfältige Unterstützung Herrn Professor Dr. jur. Klaus Vieweg, Direktor des Instituts für Recht und Technik an der Juristischen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität, und seinen Mitarbeitern; für hilfreiche Hinweise zu den technischen Sachverhalten Herrn Dr. Ing. Peter Fröhlich, Stuttgart, Herrn Dipl.-Inf. Florian Oelmaier, München, Herrn Dr. Ing. Uwe Horn, seinerzeit Mitarbeiter am Lehrstuhl für Nachrichtentechnik I der Friedrich-Alexander-Universität, und Herrn Jörg Gericke. Meinen lieben Kollegen und Freunden am Hans-Liermann-Institut für Kirchenrecht danke ich für die anregende und fröhliche Arbeitsatmosphäre. Einen besonderen Dank schulde ich meiner Frau Ulrike und unseren Töchtern Christine und Nikola, ohne deren geduldige Begleitung nichts so wäre, wie es ist.

Fürth / Erlangen, im Juli 1999

M. G.

Inhaltsübersicht

A. Einleitung	33
B. Die relevanten technischen Merkmale des Internets	56
C. Die auf das Internet anwendbaren Rechtsgrundlagen	114
D. Rechtswidrige Taten und Störungen der öffentlichen Sicherheit im Internet . . .	183
E. Die Aufgaben im Bereich der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung	239
F. Technische Möglichkeiten und Grenzen der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung im Internet	264
G. Vorbeugende und vorsorgliche Pflichten der Internet-Akteure sowie sonstige rechtliche Rahmenbedingungen	326
H. Maßnahmen zur Verhütung und Unterbindung einer Störung der öffentlichen Sicherheit im Internet.	358
I. Ermittlungsmaßnahmen im Internet	468
J. Die internationale Koordinierung der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung im Internet	641
K. Schluß: Der Staat und das Internet – Leviathan vs. Hydra?	688
Glossar	701
Rechtsprechungsverzeichnis	709
Literaturverzeichnis	715
Sachwortregister	746

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	33
I. Die Entwicklung des Internets in groben Zügen	33
II. Die staatlichen Aufgaben im Bereich der Internet-Kommunikation	34
III. Bisherige Beobachtungen über die praktische Bedeutung des Internets für die Kriminalität und ihre Bekämpfung.	38
IV. Bisherige rechtspolitische und rechtspraktische Initiativen im Bereich der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung im Internet	40
V. Stand der rechtswissenschaftlichen Diskussion	47
VI. Ziel der Untersuchung	52
VII. Hinweise auf methodische Grenzen der Untersuchung	53
VIII. Aufbau der Untersuchung	55
B. Die relevanten technischen Merkmale des Internets	56
I. Digitalisierung.	56
II. Der Transport von Informationen im Internet	57
1. Einordnung der Internet-Spezifikationen in ein Schichtenmodell der Computerkommunikation.	57
2. Das Vermittlungsprotokoll im Internet: IP	61
a) Adressierung	61
b) Zusammenspiel der IP-Vermittlungsschicht mit der Transportschicht und der Übertragungsschicht	64
c) Wegewahl (Routing)	64
d) IPv6	66
3. Transportprotokolle im Internet, insbesondere TCP und UDP	67
III. Die wichtigsten Anwendungen im Internet.	70
1. Nicht-synchrone Individualkommunikation, insbesondere Elektronische Post (E-Mail) nach dem „Simple Mail Transfer Protocol“ (SMTP)	70
2. Nicht-synchrone Massenkommunikation über E-Mail-Verteil- und -Reflektor-Server	72
3. Nicht-synchrone Diskussionsforen, insbesondere der Nachrichtenaustausch im „Usenet“ nach dem „Network News Transfer Protocol“ (NNTP).	73
4. Einfache Dateien-Fernkopie, insbesondere nach dem „File Transfer Protocol“ (FTP)	76
5. Multimediale Massenkommunikation im „World Wide Web“ nach dem „Hypertext Transfer Protocol“ (HTTP)	77
6. Navigationshilfen	80

7. Synchrone Kommunikation auf Textbasis, insbesondere der „Internet Relay Chat“ (IRC)	82
8. Synchrone Audio- und Videokommunikation vom Internet-Telephon bis zum Internet-Fernsehen	83
9. Rechner-Fernsteuerung nach dem „Telnet Protocol“	87
10. Informationsdienste zur Auskunft über Akteure und Einrichtungen im Internet	88
IV. Teilnehmergesteuerte Beschränkungen der Kommunikation (Schutzvorkehrungen)	89
1. Vertraulichkeit und Authentifizierung	89
2. Verschlüsselungsverfahren	91
3. Kryptanalyse	94
4. Die Umgehung von Schutzvorkehrungen in Form des „Eindringens“ in fremde Computer	97
V. Typisierung der Kommunikationsvorgänge	100
VI. Die Rollenverteilung unter den Akteuren im Internet	102
1. Betreiber, Verwalter und Benutzer von Prozessen	104
2. Netze	106
3. Zugang zum Internet	109
C. Die auf das Internet anwendbaren Rechtsgrundlagen	114
I. Grundrechte im Internet	115
II. Überblick über die einfachgesetzlichen Rechtsgrundlagen	120
III. Die einschlägigen kommunikationsrechtlichen Tatbestände	123
1. Telekommunikationsdienste nach dem Telekommunikationsgesetz	123
2. Informations- und Kommunikationsdienste nach dem Teledienstegesetz und Mediendienste-Staatsvertrag	127
a) Der Kommunikations-Mehrwert als Abgrenzungskriterium zum reinen Telekommunikationsdienst	127
aa) Das Verhältnis zwischen dem Telekommunikationsgesetz und dem Teledienstegesetz / Mediendienste-Staatsvertrag	127
bb) Der Kommunikations-Mehrwert	128
cc) Insbesondere: Verschaffung des Zugangs zum Internet ist kein Informations- und Kommunikationsdienst	128
b) Der spezifische Mehrwert von Informations- und Kommunikationsdiensten nach § 2 TDG und § 2 MDStV	130
aa) Bereithalten einer Datenquelle zur Nutzung	131
bb) Die Leistung eines Diensteanbieters nach § 3 Nr. 1 TDG beziehungsweise Anbieters nach § 3 Nr. 1 MDStV	132
(1) Bereithalten	133
(2) Vermitteln	137
cc) Insbesondere: Vermittlung von Individualkommunikation fällt nicht unter das Teledienstegesetz oder den Mediendienste-Staatsvertrag	139

c)	Abgrenzung zwischen Telediensten und Mediendiensten	140
aa)	Vorgaben aus der föderalen Kompetenzordnung	140
bb)	Der für die Kompetenzabgrenzung maßgebliche Rundfunkbegriff	146
cc)	Vorgaben aus der einfachgesetzlichen Ausfüllung des Kompetenzrahmens	151
dd)	Die Abgrenzung nach den gesetzlich ausgeformten Dienstypen	155
d)	Abgrenzung der Teledienste und Mediendienste vom Rundfunk	161
3.	Veranstaltung und Verbreitung von Rundfunk	163
IV.	Subsumtion der im Bereich der Internet-Kommunikation auftretenden Rollen und Funktionen unter diese Tatbestände	164
1.	Betreiber einer Einzelverbindung	165
2.	Betreiber eines IP-Routers	165
3.	Betreiber eines TCP/IP-Endknotens	166
4.	Betreiber und Benutzer eines Anwendungsprozesses – Einordnung typischer Internet-Anwendungen	167
a)	Verschaffung des Zugangs zum Internet über ein Anwendungsgateway	167
b)	Navigationshilfe	168
c)	HTTP- oder FTP-Server	169
d)	HTTP-Proxy-Server und HTTP-Gateways	172
e)	News-Server	173
f)	E-Mail-Verteil-Server	176
g)	E-Mail-Reflektor-Server	177
h)	Server zum interaktiven Datenaustausch	178
i)	Mailserver	179
j)	IRC-Server	180
k)	Sonstige Individualkommunikation	181
l)	Fernsehen und Hörfunk im Internet	181
5.	Fazit	182
D.	Rechtswidrige Taten und Störungen der öffentlichen Sicherheit im Internet	183
I.	„Rechtswidrige Tat“ und „Störung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung“ als Kernbegriffe für Strafverfolgung und Gefahrenabwehr	183
II.	Insbesondere: verpönte Inhalte im Internet	185
1.	Äußerung verpönter Inhalte	185
2.	Weitergabe verpönter Inhalte	187
a)	„Schriften“	188
b)	Die Einbeziehung von Internet-Kommunikation in die Verbote nach dem Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte	189
c)	Die Tathandlung „verbreiten“	190

d)	Die Tathandlung „öffentlich zugänglich machen“	193
e)	Unterfälle der Tathandlungen „verbreiten“ und „öffentlich zugänglich machen“	193
f)	Jugendgefährdung	195
g)	Verbreiten durch Rundfunk	198
h)	Mediendienst-Angebote	199
3.	Besitz verpönter Inhalte	201
4.	Täterschaft und Teilnahme	203
5.	Tatbestandsmäßigkeit von Verweisen	211
III.	Die Ableitung von „Störungen der öffentlichen Sicherheit“ aus Straftat- beständen	216
1.	Der dynamische Rechtsgüterschutz im Begriff der öffentlichen Sicherheit	216
a)	Begriff der öffentlichen Sicherheit	216
b)	Die Ableitung von Schutzgütern der öffentlichen Sicherheit aus Straftatbeständen.	217
2.	Umsetzung der Weitergabeverbote in die öffentliche Sicherheit	221
IV.	Weitere einschlägige Tatbestände im Überblick	224
V.	Internationales Strafrecht und Gefahrenabwehr	229
1.	Anknüpfungsprinzipien des deutschen Internationalen Strafrechts	229
2.	Bestimmung des „Erfolgsorts“	230
3.	Begrenzung des ubiquitären Erfolgsorts der Internet-Kommunikation	234
4.	Bestimmung der deutschen öffentlichen Sicherheit	237
E.	Die Aufgaben im Bereich der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung	239
I.	Gefahrenabwehr	240
II.	Strafverfolgung	242
III.	„Vorbeugende Bekämpfung von Straftaten“	243
IV.	Gefahrenvorbeugung	244
V.	Gefahrenabwehrvorsorge	251
VI.	Strafverfolgungsvorsorge	255
F.	Technische Möglichkeiten und Grenzen der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung im Internet	264
I.	Bausteine für Ermittlungen im Internet	265
1.	Ermittlung verschlüsselter Kommunikation – Ansätze zur Reglemen- tierung der Verschlüsselungstechnik	265
2.	Zugriff auf Inhalt und nähere Umstände der im Internet vermittelten Telekommunikation in der Übermittlungsphase.	270
a)	Identifizierung des Absenders einer Nachricht	270
b)	Identifizierung des Adressaten einer Nachricht	275
c)	Gezieltes Überwachen der Internet-Kommunikation eines Teil- nehmers.	277

d) Ungezieltes Überwachen der Internet-Kommunikation („Elektronischer Staubsauger“)	279
3. Zugriff auf gespeicherte Daten im Internet	282
II. Maßnahmen im Bereich der Individualkommunikation	285
1. Technische Möglichkeiten der Ermittlung	285
2. Technische Möglichkeiten der Verhütung und Unterbindung störender Individualkommunikation	287
3. Zusammenfassung der technischen Möglichkeiten und Grenzen der Aufgabenerfüllung im Bereich der Individualkommunikation	289
III. Maßnahmen im Bereich der Angebote.	289
1. Technische Möglichkeiten der Ermittlung	289
a) Besonderheiten beim gezielten oder ungezielten Überwachen der Telekommunikation und beim Zugriff auf Speichermedien	289
b) Abruf eines bestimmten Angebots	291
c) Durchkämmen des im Internet bereitgehaltenen Angebotsbestands	291
aa) Suchmethoden	292
bb) Eignung der Methoden im Hinblick auf angebotstypische Hindernisse	293
cc) Ermittlungschancen der einzelnen Methoden.	296
d) Ermittlung eines Anbieters	297
2. Technische Möglichkeiten der Verhütung und Unterbindung störender Angebote.	299
a) Entfernen	299
b) Moderieren	303
c) Sperren durch Abrufbeschränkung	305
d) Sperren durch Vermittlungsbeschränkung auf der Anwendungs- und auf der Transportschicht.	306
e) Sperren durch Vermittlungsbeschränkung auf der Vermittlungs- schicht (IP-Paketfilter)	308
aa) Allgemeine Schwierigkeiten	308
bb) Identifizierungsmerkmale notorisch störender Angebote als Filterkriterium	310
cc) Filtern nach Absender- oder Zieladresse	311
dd) Filtern nach dem verwendeten Anwendungsprotokoll	311
ee) Filtern nach den Daten auf der Anwendungsschicht	312
ff) Treffsicherheit der Filterkriterien	313
gg) Zusammenfassende Einschätzung des Filterns.	315
3. Zusammenfassung der technischen Möglichkeiten und Grenzen der Aufgabenerfüllung im Bereich der Angebote	315
IV. Maßnahmen im Bereich der Hörfunk- und Fernseh-Angebote im Internet	317
1. Technische Möglichkeiten der Ermittlung	317
a) Ermittlung der Hörfunk- und Fernseh-Angebote im Internet.	317
b) Abruf eines Hörfunk- und Fernseh-Angebots im Internet.	318

c) Ermittlung eines Hörfunk- oder Fernseh-Senders im Internet	319
2. Technische Möglichkeiten der Unterbindung störender Hörfunk- oder Fernseh-Angebote im Internet: Filtern	319
V. Maßnahmen gegenüber Angriffen	320
VI. Maßnahmenübergreifende Gesichtspunkte der technischen Möglichkeiten der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung im Internet	322
1. Grenzen der Darstellung	322
2. Umgang mit informellen Konventionen	322
3. Rückwirkungen auf das allgemeine Sicherheitsniveau im Internet	323
4. Internationalität	324
5. Bedingte Erfolgsaussichten – bedingte Schwierigkeiten	325
G. Vorbeugende und vorsorgliche Pflichten der Internet-Akteure sowie sonstige rechtliche Rahmenbedingungen	326
I. Genehmigungsvorbehalte und Anzeigepflichten	327
II. Inpflichtnahme Privater zur Kontrolle von Angeboten	334
III. Verpflichtung zu technischen Schutzmaßnahmen	337
IV. Pflichten der Anbieter zur Unterstützung ihrer Kunden beim Selbstschutz	338
V. Verpflichtung zur Beauftragung einer Selbstkontrollinstanz	340
VI. Kennzeichnungspflichten	345
VII. Durchsetzung einer zwingenden Authentifizierung auf der IP-Vermitt- lungsschicht	350
VIII. Restriktion der Verschlüsselung?	350
IX. „Sicherungs-Infrastruktur“	355
H. Maßnahmen zur Verhütung und Unterbindung einer Störung der öffent- lichen Sicherheit im Internet.	358
I. Gemeinsame formell-rechtliche Voraussetzungen	358
1. Aufgabe und sachliche Zuständigkeit der besonderen Aufsichts- behörden für Rundfunk und für Mediendienste	358
2. Aufgabe und sachliche Zuständigkeit nach dem allgemeinen Sicherheitsrecht	359
3. Eilkompetenz der Polizei	361
4. Örtliche Zuständigkeit.	362
5. Gesichtspunkte zur Bündelung der Kräfte in der disparaten Zuständig- keitslandschaft	367
6. Formfragen	369
7. Anhörung	372
II. Anordnung, ein Angebot zu beseitigen (Beseitigungsanordnung)	374
1. Eingriffscharakter.	374
2. Befugnis	375
a) Spezielle Befugnisse gegenüber der Veranstaltung und Verbreitung von Rundfunk	375
b) Spezielle Befugnis für die Aufsicht über Mediendienste	376

c)	Befugnis-Generalklausel des allgemeinen Sicherheitsrechts und des Polizeirechts	379
3.	Maßnahmerichtung	382
a)	Inanspruchnahme nach den besonderen rundfunkrechtlichen Befugnissen	382
b)	Inanspruchnahme nach dem Mediendienste-Staatsvertrag	382
c)	Inanspruchnahme nach dem allgemeinen Sicherheits- und Polizeirecht	385
aa)	Verhaltensverantwortlichkeit des Initiators	386
bb)	Grundsätzlich keine Handlungsverantwortlichkeit des Betreibers oder Verwalters	387
cc)	Grundsätzlich keine Unterlassensverantwortlichkeit des Betreibers oder Verwalters	391
dd)	Zustandsverantwortlichkeit des Betreibers oder Verwalters	393
ee)	Heranziehung Dritter	395
d)	Zur Auswahl zwischen mehreren möglichen Adressaten	397
4.	Inhalt und Bestimmtheit der Anordnung	400
a)	Gegenstand der angeordneten Beseitigung	400
b)	Bezeichnung des Angebots	401
c)	Bezeichnung des geforderten Verhaltens	401
d)	Alternativen zur Beseitigung	402
e)	Insbesondere: Sperren durch Abrufbeschränkung statt völliger Beseitigung	402
f)	Verbot der Wiederherstellung des störenden Angebots	403
g)	Frist zur Befolgung und rasche Durchsetzung der Anordnung	404
5.	Vereinbarkeit mit den Grundrechten	405
6.	Gesichtspunkte zur Verhältnismäßigkeit	409
7.	Formelle und materielle Voraussetzungen einer mit der Beseitigungsanordnung nur mittelbar verbundenen Inanspruchnahme des in Kommunikationsrechten Betroffenen	414
a)	Keine „rechtliche Unmöglichkeit“ für den Adressaten	414
b)	Mittelbare Inanspruchnahme ohne Duldungsverfügung	415
c)	Anhörung, Hinzuziehung zum Verfahren	418
III.	Beseitigen eines Angebots durch die Behörde selbst	420
1.	Eingriffscharakter	420
2.	Befugnisse	422
a)	Löschen eines Angebots im Wege der Ersatzvornahme	422
b)	Löschen eines Angebots im Wege der unmittelbaren Ausführung oder des sofortigen Vollzugs	425
IV.	Anordnung an einen Anbieter, fremde Inhalte vor Bereitstellung zu überprüfen	427
1.	Funktion der Maßnahme und Eingriffscharakter	427
2.	Befugnis	428

a)	Befugnis nach dem Mediendienste-Staatsvertrag	428
b)	Befugnis nach dem allgemeinen Sicherheits- und Polizeirecht	428
3.	Maßnahmerichtung	430
4.	Vereinbarkeit mit den Grundrechten: Zensurverbot	431
5.	Vereinbarkeit mit dem Fernmeldegeheimnis	434
6.	Vereinbarkeit mit den Datenschutzpflichten des Anbieters	437
7.	Verhältnismäßigkeit, insbesondere Zumutbarkeit des wirtschaftlichen Aufwands	439
V.	Anordnung von Beschränkungen im Internet-Verkehr (Sperrern)	442
1.	Erscheinungsformen	442
2.	Besonderheiten bei den formell-rechtlichen Voraussetzungen	443
3.	Eingriffscharakter	444
4.	Befugnisse und Maßnahmerichtung	445
5.	Vereinbarkeit mit den Grundrechten sowie mit Völker- und Europarecht	449
6.	Vereinbarkeit mit dem Fernmeldegeheimnis und mit dem Datenschutz	450
7.	Gesichtspunkte zur Verhältnismäßigkeit	455
VI.	Stillegung eines an einer Störung beteiligten Computers	457
1.	Befugnisse zur Sicherstellung nach Polizeirecht	457
2.	Befugnisse zur Einziehung nach Strafrecht und zur Sicherstellung nach Strafprozeßrecht	460
I.	Ermittlungsmaßnahmen im Internet	468
I.	Der Eingriffscharakter von Ermittlungen	468
1.	Die Datenerhebung als Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	468
a)	Ermittlungen im Internet und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	468
b)	Schutzbereich und Eingriff nach den etablierten Definitionen	470
aa)	Schutzbereich: „personenbezogene Daten“	470
bb)	Eingriff: „Datenerhebung“	475
c)	Zur Notwendigkeit, den Eingriffstatbestand zu begrenzen	476
aa)	Folgen eines uferlosen Eingriffstatbestands	476
bb)	Lösungsansätze auf der Ebene der Rechtfertigung	478
(1)	Übergangsbonus	478
(2)	„Schwellentheorie“ und andere Schlüsse von der Aufgabe auf die Befugnis	478
(3)	Die Heranziehung der Datenschutzgesetze als Befugnisnormen	480
cc)	Notwendigkeit einer Begrenzung des Rechtfertigungsbedürfnisses	481
d)	Eingrenzung des Eingriffsbegriffs	483
aa)	Eingrenzung über das Erhebungsmittel?	484
(1)	Aktivität	484

(2) Zugänglichkeit der Daten	485
bb) Eingrenzung über den Erhebungszweck?	486
cc) Eingrenzung über die Intensität der Grundrechtsgefährdung?	488
dd) Eingrenzung über die Unüberschaubarkeit des Erhebungszwecks	489
e) Die Leistungen des eingegrenzten Eingriffsbegriffs	490
aa) Unterscheidungsleistung für die Datenerhebung	490
bb) Unterscheidungsleistung für alle Phasen der Datenverarbeitung	492
cc) Unterscheidungsleistung für das Verhältnis zu Eingriffen in andere Rechte	494
2. Der Eingriffscharakter „heimlicher“ Informationsbeschaffung	494
3. Begleitende Eingriffe	496
4. Insbesondere: Der Eingriff in das Fernmeldegeheimnis.	496
II. Ermittlungsbefugnisse	500
1. Besondere verfassungsrechtliche Anforderungen an Ermittlungsbefugnisse	500
a) Verbot der Verdachtssuche?	500
b) Bereichsspezifische Ermächtigung zur Datenerhebung	502
2. Ermittlungsbefugnisse der Strafverfolgungsbehörden	503
3. Ermittlungsbefugnisse der Gefahrenabwehrbehörden	504
4. Ermittlungsbefugnisse des Bundeskriminalamts	508
5. Ermittlungsbefugnisse der Nachrichtendienste	509
III. Informationsbeschaffung durch Teilnahme an der Internet-Kommunikation.	510
1. Öffentlichkeitsarbeit im Internet	510
2. Recherchen im Internet	511
a) Eingriffscharakter	511
b) Befugnisse	514
c) Kommunikationsbedingungen	517
3. Verdeckte Recherchen im Internet.	519
a) Eingriffscharakter	519
b) Befugnisse zur verdeckten Datenerhebung	521
c) Befugnisse zum Einsatz von V-Leuten und Verdeckten Ermittlern	523
IV. Maßnahmen, mit denen sich die Behörde den Zugriff auf gespeicherte Daten verschafft	531
1. Beschreibung der Maßnahmen im Überblick.	531
2. Durchsuchung des Rechnerstandorts und Sicherstellung von Speichermedien	533
a) Durchsuchung, Sicherstellung und Beschlagnahme nach der Strafprozeßordnung	533
aa) Gegenstand und Reichweite	533

bb)	Sicherstellung und Beschlagnahme von Datenträgern mit Daten über Inhalt und nähere Umstände der Telekommunikation	535
cc)	Presse- und Rundfunkprivileg	536
b)	Durchsuchung und Sicherstellung oder atypische körperliche Zugriffe auf Datenträger nach dem Sicherheits- und Polizeirecht	538
3.	Heimliches Auslesen gespeicherter Daten über das Internet.	540
a)	Eingriffe	540
b)	Befugnisse im Strafprozeßrecht.	543
c)	Befugnisse im Sicherheits- und Polizeirecht	545
d)	Befugnisse im Recht der Nachrichtendienste	547
V.	Gezielte Überwachung der Internet-Kommunikation eines Teilnehmers	550
1.	Erscheinungsform und Eingriffscharakter	550
2.	Anordnung der Überwachungsmaßnahme	551
a)	Überblick.	551
b)	Gegenstand	552
aa)	Telekommunikation	552
bb)	Zwischengespeicherte Nachrichten	555
cc)	Nicht: außerhalb der Übermittlungsphase gespeicherte Inhalte	556
dd)	Nur die nach Wirksamwerden der Anordnung geführte Telekommunikation	557
ee)	Nicht: die durch einen Kommunikationspartner selbst zugänglich gemachte Kommunikation	557
c)	Formelle Voraussetzungen	558
d)	Überwachungszweck und -anlaß	558
e)	Maßnahmerichtung	561
f)	Inhalt der Überwachungsanordnung	564
g)	Vereinbarkeit mit den Grundrechten; Verhältnismäßigkeit	566
3.	Anforderung des Zugriffs auf die zu überwachende Telekommunikation	568
a)	Überblick.	568
b)	Inanspruchnahme auf Mitwirkung im Einzelfall	569
c)	Pflicht zur Bereitstellung von Überwachungseinrichtungen	573
d)	Pflicht zur Bereitstellung eines Netzzugangs	574
e)	Vereinbarkeit mit den Grundrechten; Verhältnismäßigkeit	575
VI.	Ungezielte Überwachung der Internet-Kommunikation	577
1.	Beschreibung der Maßnahme	577
2.	Rechtsgrundlage.	578
3.	Voraussetzungen einer Überwachungsanordnung	578
4.	Gegenstand der Überwachung	579
5.	Gegenstand der Aufzeichnung und Auswertung	582
6.	Verwendung der Erkenntnisse	584

7. Verfassungsrechtliche Grenzen	585
8. Zusammenfassung: Die Bedeutung der ungezielten Überwachung für die Gefahrenabwehr und Strafverfolgung im Internet und ihre Grenzen	587
VII. Auskunftsverlangen	588
1. Überblick über allgemeine Rechtsgrundlagen für Auskunftsverlangen	589
a) Auskunftspflichten im Strafprozessrecht.	589
b) Auskunftspflichten im allgemeinen Sicherheits- und Polizeirecht	591
c) Auskunftspflicht gegenüber dem Bundeskriminalamt	594
d) Grenzen der Auskunftspflichten und der Auskunftserteilung.	595
2. Auskunft über Netzstrukturen	596
3. Auskunft über den Inhaber einer bestimmten Adresse	598
4. Auskunft über die Benutzer einer bestimmten Adresse	604
5. Auskunft über den Initiator eines bestimmten Angebots.	607
6. Auskunft über die Nutzer eines bestimmten Angebots.	613
7. Auskunft über den Inhaber einer pseudonymen digitalen Signatur.	617
8. Auskunft über die näheren Umstände bestimmter Telekommunikationsvorgänge	618
9. Auskunft über die auf einem Internet-Rechner gespeicherten Daten.	622
10. Auskunft über Angebotsinhalte, die nicht mehr zur Nutzung bereitgehalten werden	625
11. Auskunft über Zugangsinformationen, insbesondere Schlüssel und Paßwörter.	627
VIII. Datenverarbeitung zum Nutzbarmachen der Ermittlungsergebnisse	630
1. Speichern	631
2. Übermitteln	638
J. Die internationale Koordinierung der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung im Internet	641
I. Völkerrechtliche Grenzen der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung im Internet	641
1. Der Tatbestand des Eingriffs in die Gebietshoheit eines anderen Staates	641
2. Eingriffe in die Gebietshoheit fremder Staaten durch Ermittlungs- und Unterbindungsmaßnahmen im Internet.	645
II. Internationale Amts- und Rechtshilfe	654
1. Amts- oder Rechtshilfe durch Durchführung einer Ermittlungsmaßnahme.	655
a) Völkerrechtliche Regelungen	655
b) Vorgaben aus dem innerstaatlichen deutschen Recht.	660
c) Zuständigkeiten und Geschäftswege.	662
aa) Bewilligungszuständigkeit und Geschäftsweg für die internationale Rechtshilfe.	662

bb) Bewilligungszuständigkeit und Geschäftsweg für die internationale Amtshilfe.	665
d) Zwischenbewertung.	666
2. Durchführung einer Unterbindungsmaßnahme auf Ersuchen eines anderen Staates	667
3. Amts- oder Rechtshilfe durch Duldung einer Ermittlungs- oder Unterbindungsmaßnahme	669
4. Zusammenfassung zur internationalen Amts- und Rechtshilfe	675
III. Internationale Kooperation durch Informationsaustausch ohne Ersuchen	677
1. Internationale Informationsvorsorge	677
2. Internationale Absprachen über spontane Mitteilungen	680
IV. Die Übermittlung von Daten ins Ausland nach innerstaatlichem deutschem Recht	682
V. Rechtspolitische Perspektiven für die internationale Koordination der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung im Internet	684
K. Schluß: Der Staat und das Internet – Leviathan vs. Hydra?	688
Glossar	701
Rechtsprechungsverzeichnis	709
Literaturverzeichnis	715
Sachwortregister	746

Abkürzungsverzeichnis

(zugleich: Verzeichnis der abgekürzt zitierten Rechtsvorschriften)

a. a. O.	am angegebenen Ort
a. A.	anderer Ansicht
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948: Universal Declaration of Human Rights, United Nations, General Assembly Resolution 217 A (III)
AfP	Archiv für Presserecht – Zeitschrift für Medien- und Kommuni- kationsrecht
AG	Amtsgericht
AK	Alternativkommentar (siehe im Literaturverzeichnis unter <i>Wassermann</i>)
Alt.	Alternative
ArchPT	Archiv für Post und Telekommunikation
Art.	Artikel
AWG	Außenwirtschaftsgesetz (AWG) vom 28.4.1961 (BGBl. I S. 481), zuletzt geändert am 9.6.1998 (BGBl. I S. 1242) [abge- druckt unter Nachweis aller Änderungen in: <i>Hocke / Berwald /</i> <i>Maurer</i> , Außenwirtschaftsrecht, Bd. I, Hauptteil I]
AWV	Verordnung zur Durchführung des Außenwirtschaftsgesetzes (Außenwirtschaftsverordnung – AWW) i. d. F. d. Bek. vom 22.11.1993 (BGBl. I S. 1934), zuletzt geändert am 28.5.1999 (BAnz. Nr. 101 vom 5.6.1999, S. 8713) [abgedruckt unter Nach- weis aller Änderungen in: <i>Hocke / Berwald / Maurer</i> , Außen- wirtschaftsrecht, Bd. I, Hauptteil II]
B.	Beschluß
Ba.-Wü.	Baden-Württemberg
BAnz.	Bundesanzeiger
BayDSG	Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG) vom 23.7.1993 (GVBl. Bayern S. 498), geändert am 10.7.1998 (GVBl. Bayern S. 385)

BayKJHG	Bayerisches Kinder- und Jugendhilfegesetz (BayKJHG) vom 18.6.1993 (GVBl. Bayern S. 392), geändert am 11.7.1998 (GVBl. Bayern S. 416)
BayMG	Gesetz über die Entwicklung, Förderung und Veranstaltung privater Rundfunkangebote und anderer Mediendienste in Bayern (Bayerisches Mediengesetz – BayMG) i. d. F. d. Bek. vom 26.1.1999 (GVBl. Bayern S. 9)
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayPrG	Gesetz über die Presse (BayPrG) vom 3.10.1949 (BayRS 2250–1–I)
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BayVerfSchG	Bayerisches Verfassungsschutzgesetz (BayVSG) i. d. F. d. Bek. vom 10.4.1997 (GVBl. Bayern S. 70), geändert am 10.7.1998 (GVBl. Bayern S. 383)
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BayVwVfG	Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz (BayVwVfG) vom 23.12.1976 (BayRS 2010–1–1), zuletzt geändert am 26.7.1997 (GVBl. Bayern S. 348)
Bbg.	Brandenburg
BbgPolG	Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei im Land Brandenburg (Brandenburgisches Polizeigesetz – BbgPolG) vom 19.3.1996 (GVBl. Bbg. I S. 74), zuletzt geändert am 26.5.1999 (GVBl. Bbg. I S. 171)
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) vom 20.12.1990 (BGBl. I S. 2954), zuletzt geändert am 17.12.1997 (BGBl. I S. 3108)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch vom 18.8.1896 (RGBl. S. 195), zuletzt geändert am 19.12.1998 (BGBl. I S. 2489)
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen, hg. von den Mitgliedern des Bundesgerichtshofes und der Bundesanwaltschaft
BGGSG	Gesetz über den Bundesgrenzschutz (Bundesgrenzschutzgesetz – BGGSG) vom 19.10.1994 (BGBl. I S. 2978), zuletzt geändert am 25.8.1998 (BGBl. I S. 2486)
BImSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG) i. d. F. d. Bek. vom 14.5.1990 (BGBl. I S. 880), zuletzt geändert am 19.10.1998 (BGBl. I S. 3178)
BKAG a. F.	Gesetz über die Einrichtung eines Bundeskriminalpolizeiamtes (Bundeskriminalamtes) i. d. F. vom 29.6.1973 (BGBl. I S. 704), zuletzt geändert am 19.10.1994 (BGBl. I S. 2978)

BKAG	Gesetz über das Bundeskriminalamt und die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten (Bundeskriminalamtgesetz – BKAG) vom 7.7.1997 (BGBl. I S. 1650)
BNDG	Gesetz über den Bundesnachrichtendienst (BND-Gesetz – BNDG) vom 20.12.1990 (BGBl. I S. 2979), geändert am 20.4.1994 (BGBl. I S. 877)
BremPolG	Bremisches Polizeigesetz (BremPolG) vom 21.3.1983 (GBl. Bremen S. 141), zuletzt geändert am 22.12.1998 (GBl. Bremen S. 361)
BSIG	Gesetz über die Errichtung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI-Errichtungsgesetz – BSIG) vom 17.12.1990 (BGBl. I S. 2834)
BT-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundestags
Btx-StV 1983	Staatsvertrag über Bildschirmtext (Bildschirmtext-Staatsvertrag) vom 18.3.1983 (GVBl. Bayern S. 538), aufgehoben und durch den Btx-StV 1991 ersetzt durch Art. 6 und 8 des Staatsvertrags über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 31.8.1991 (GVBl. Bayern S. 451)
Btx-StV 1991	Bildschirmtext-Staatsvertrag, geschlossen als Art. 6 des Staatsvertrags über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 31.8.1991 (GVBl. Bayern S. 451), aufgehoben durch § 23 III MDStV
Buchst.	Buchstabe
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, hg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts
BVerfSchG	Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz – BVerfSchG) vom 20.12.1990 (BGBl. I S. 2954), geändert am 20.4.1994 (BGBl. I S. 867)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts, hg. von Mitgliedern des Gerichts
bzw.	beziehungsweise
CR	Computer und Recht: Forum für die Praxis des Rechts der Datenverarbeitung, Kommunikation und Automation
DNS	Domain Name System – s. a. Glossar
DRiZ	Deutsche Richterzeitung: Organ des Deutschen Richterbundes, Bund der Richter und Staatsanwälte in der Bundesrepublik Deutschland
DuD	Datenschutz und Datensicherheit: Recht und Sicherheit in Informationsverarbeitung und Kommunikation
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt

ebd.	ebenda
EG	Europäische Gemeinschaft
EGStGB	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 2.3.1974 (BGBl. I S. 469), zuletzt geändert am 26.1.1998 (BGBl. I S. 160)
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 25.3.1957 (BGBl. II S. 766), zuletzt geändert durch den Amsterdamer Vertrag vom 2.10.1997 (BGBl. 1998 II S. 387)
Einl.	Einleitung
el. pub.	elektronisch („online“) publiziert
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4.11.1950 (BGBl. 1952 II S. 685, 953), zuletzt geändert am 11.5.1994 (BGBl. 1995 II S. 579)
epd	Evangelischer Pressedienst
Erl.	Erläuterung
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuAhÜbk	Europäisches Übereinkommen über die Erlangung von Auskünften und Beweisen in Verwaltungssachen im Ausland vom 15.3.1978 (BGBl. 1981 II S. 533 / 550)
EuAhÜbk/ EuVwZÜbk-AG	Gesetz zur Ausführung des Europäischen Übereinkommens vom 24. November 1977 über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland und des Europäischen Übereinkommens vom 15. März 1978 über die Erlangung von Auskünften und Beweisen in Verwaltungssachen im Ausland vom 20.7.1981 (BGBl. I S. 665)
EuRhÜbk	Europäisches Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20.4.1959 (BGBl. 1976 II S. 1799)
EuropolG	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 26. Juli 1995 auf Grund von Artikel K.3 [jetzt: Artikel 30] des Vertrags über die Europäische Union über die Errichtung eines Europäischen Polizeiamts (Europol-Gesetz) vom 16.12.1997 (BGBl. 1997 II S. 2150)
Europol-Übk	Übereinkommen auf Grund von Artikel K.3 [jetzt: Artikel 30] des Vertrags über die Europäische Union über die Errichtung eines Europäischen Polizeiamts (Europol-Übereinkommen) vom 26.7.1995 (BGBl. 1997 II S. 2150)
EUV	Vertrag über die Europäische Union vom 7.2.1992 (BGBl. II S. 1253), zuletzt geändert durch den Amsterdamer Vertrag vom 2.10.1997 (BGBl. 1998 II S. 387)
EuVwZÜbk	Europäisches Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland vom 24.11.1977 (BGBl. 1981 II S. 533)
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
f.	und nächste folgende

FAG	Gesetz über Fernmeldeanlagen i. d. F. d. Bek. vom 3.7.1989 (BGBl. I S. 1455), zuletzt geändert am 17.12.1997 (BGBl. I S. 3108)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
ff.	und mehrere folgende
FN	Fürther Nachrichten
Fn.	Fußnote
FTP	File Transfer Protocol – s. a. Glossar
FÜV	Verordnung über die technische Umsetzung von Überwachungsmaßnahmen des Fernmeldeverkehrs in Fernmeldeanlagen, die für den öffentlichen Verkehr bestimmt sind (Fernmeldeverkehrs-Überwachungs-Verordnung – FÜV) vom 18.5.1995 (BGBl. I S. 722)
G 10	Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz) (G 10) vom 13.8.1968 (BGBl. I S. 949), zuletzt geändert am 17.6.1999 (BGBl. I S. 1334 [1335]) [Die Artikelangabe wird zur Vereinfachung jeweils weggelassen.]
GA	Goltdammer's Archiv für Strafrecht
GewO	Gewerbeordnung i. d. F. d. Bek. vom 22.2.1999 (BGBl. I S. 202)
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949 (BGBl. S. 1), zuletzt geändert am 16.7.1998 (BGBl. I S. 1822)
GjS	Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte i. d. F. d. Bek. vom 12.7.1985 (BGBl. I S. 1502), zuletzt geändert am 21.9.1997 (BGBl. I S. 2390)
GVBl.	Gesetz- und Ordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) i. d. F. d. Bek. vom 9.5.1975 (BGBl. I S. 1077), zuletzt geändert am 25.8.1998 (BGBl. I S. 2489)
HessVGH	Hessischer Verwaltungsgerichtshof
Hg. / hg.	Herausgeber / herausgegeben
HGB	Handelsgesetzbuch vom 10.5.1897 (RGBl. S. 219), zuletzt geändert am 19.12.1998 (BGBl. I S. 3836)
HK	Herder Korrespondenz
HPRG	Gesetz über den privaten Rundfunk in Hessen (Hessisches Privatrundfunkgesetz – HPRG) i. d. F. vom 25.1.1995 (GVBl. Hessen, I S. 87), zuletzt geändert am 5.11.1998 (GVBl. Hessen, I S. 421)
Hs.	Halbsatz
HSOG	Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) i. d. F. vom 31.3.1994 (GVBl. Hessen, I S. 174, ber. S. 284), zuletzt geändert am 17.12.1998 (GVBl. Hessen, I S. 562)
HTML	Hypertext Markup Language – s. a. Glossar

HTTP	Hypertext Transfer Protocol – s. a. Glossar
i. S.	im Sinne
i. V. m.	in Verbindung mit
IANA	Internet Assigned Numbers Authority – s. a. Glossar
IFV Nairobi 1982	Internationaler Fernmeldevertrag (Convention Internationale des Télécommunications) – Nairobi 1982 – vom 6.11.1982 (BGBl. II 1985 S. 426)
IKPO-Statuten	Statuten der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol), in Kraft seit 13.6.1956 (abgedruckt z. B. bei <i>Reinhard Riegel</i> , Polizei- und Ordnungsrecht des Bundes und der Länder, Textsammlung, Losebl., unter C II.2.5)
InterNIC	Internet Network Information Center – s. a. Glossar
IP	Internet Protocol – s. a. Glossar
IPbR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 16.12.1966 (BGBl. 1973 II S. 1534): International Covenant on Civil and Political Rights, United Nations, General Assembly Resolution 2200 A (XXI)
IRC	Internet Relay Chat – s. a. Glossar
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen vom 23.12.1982 (BGBl. I S. 2071) i. d. F. d. Bek. vom 27.6.1994 (BGBl. I S. 1537), zuletzt geändert am 7.7.1997 (BGBl. I S. 1650 [1663])
IuKDG	Gesetz zur Regelung der Rahmenbedingungen für Informations- und Kommunikationsdienste (Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetz – IuKDG) vom 22.7.1997 (BGBl. I S. 1870)
JÖSchG	Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit (Jugendenschutzgesetz – JÖschG) vom 25.2.1985 (BGBl. I S. 425), zuletzt geändert am 28.10.1994 (BGBl. I S. 3186)
JR	Juristische Rundschau
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht [Berlin]
KJ	Kritische Justiz. Vierteljahresschrift
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
LG	Landgericht
LK	Leipziger Kommentar (siehe im Literaturverzeichnis unter <i>Jähnke</i> und unter <i>Jescheck</i>)
LMedienG Ba.-Wü.	Landesmediengesetz Baden-Württemberg (LMedienG) i. d. F. vom 17.3.1992 (GBl. Ba.-Wü. S. 189), zuletzt geändert am 24.11.1997 (GBl. Ba.-Wü. S. 483)

LRG Nds.	Niedersächsisches Landesrundfunkgesetz (LRG) vom 9.11.1993 (GVBl. Nds. S. 523), zuletzt geändert am 12.11.1998 (GVBl. Nds. S. 693)
LRG NW	Rundfunkgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LRG NW) i. d. F. d. Bek. vom 24.8.1995 (GV NW S. 994), zuletzt geändert am 30.1.1996 (GV NW S. 75)
LStVG Bay.	Gesetz über das Landesstrafrecht und das Ordnungsrecht auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Landesstraf- und Ordnungsgesetz – LStVG) i. d. F. d. Bek. vom 13.12.1982 (BayRS 2011–2–I), zuletzt geändert am 26.7.1997 (GVBl. Bayern S. 323)
m. N. / m. w. N.	mit (weiteren) Nachweisen
MADG	Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst (MAD-Gesetz – MADG) vom 20.12.1990 (BGBl. I S. 2977), geändert am 20.4.1994 (BGBl. I S. 876)
MBone	Multicasting-Backbone – s. a. Glossar
MDStV	Staatsvertrag über Mediendienste (Mediendienste-Staatsvertrag) vom 20.1. / 28.1. / 31.1. / 5.2. / 7.2. / 12.2. 1997 (GVBl. Bayern S. 232)
MEPolG	Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes des Bundes und der Länder vom 11.6.1976, geändert am 25.11.1977
MMR	MultiMedia und Recht: Zeitschrift für Informations-, Telekommunikations- und Medienrecht
n. F.	neue Fassung
Nds.	Niedersachsen
NGefAG	Niedersächsisches Gefahrenabwehrgesetz (NGefAG) i. d. F. vom 20.2.1998 (Nds. GVBl. S. 101)
NIC	Network Information Center – s. a. Glossar
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-CoR	NJW-Computerreport
NNTP	Network News Transfer Protocol – s. a. Glossar
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NW	Nordrhein-Westfalen
NZ	Nordbayerische Zeitung
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OBG Bbg.	Gesetz über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz – OBG) i. d. F. d. Bek. vom 21.8.1996 (GVBl. Bbg. I S. 266)
OBG NW	Gesetz über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden – Ordnungsbehördengesetz (OBG) – i. d. F. d. Bek. vom 13.5.1980 (GV NW S. 528), zuletzt geändert am 20.12.1994 (GV NW S. 1115)

OBG Thür.	Thüringer Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz – OBG) vom 18.6.1993 (GVBl. Thür. S. 323)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
OLG	Oberlandesgericht
OrgKG	Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität (OrgKG) vom 15.7.1992 (BGBl. I S. 1302)
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) i. d. F. d. Bek. vom 19.2.1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert am 25.8.1998 (BGBl. I S. 2432)
PAG Bay.	Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz – PAG) i. d. F. d. Bek. vom 14.9.1990 (GVBl. Bayern S. 397), zuletzt geändert am 10.7.1998 (GVBl. Bayern S. 383)
PAG Thür.	Thüringer Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei (Polizeiaufgabengesetz – PAG) vom 4.6.1992 (GVBl. Thür. S. 199), geändert am 27.11.1997 (GVBl. Thür. S. 422)
PC	Personal Computer – s. a. Glossar
POG Bay.	Gesetz über die Organisation der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiorganisationsgesetz – POG) vom 10.8.1976 (BayRS 2012–2–1–1), zuletzt geändert am 26.7.1997 (GVBl. Bayern S. 342)
POG Rh.-Pf.	Polizei und Ordnungsbehördengesetz (POG) i. d. F. vom 10.11.1993 (GVBl. Rh.-Pf. S. 407), geändert am 18.3.1997 (GVBl. Rh.-Pf. S. 65)
PolG Ba.-Wü.	Polizeigesetz (PolG) i. d. F. vom 13.1.1992 (GBl. Ba.-Wü. S. 1, ber. S. 596; 1993 S. 155), zuletzt geändert am 22.7.1996 (GBl. Ba.-Wü. S. 501)
PolG NW	Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (PolG NW) i. d. F. d. Bek. vom 24.2.1990 (GV NW S. 70, ber. S. 580), geändert am 24.11.1992 (GV NW S. 446)
PrLVG	[Preußisches] Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung vom 30.7.1883
PROVGE	Entscheidungen des Preussischen Oberverwaltungsgerichts
RDV	Recht der Datenverarbeitung
RFC	Request For Comments – s. a. Glossar
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGebStV	Rundfunkgebührenstaatsvertrag, geschlossen als Art. 4 des Staatsvertrags über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 31.8.1991 (GVBl. Bayern S. 451)

RGMV	Rundfunkgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern (RGMV) i. d. F. d. Bek. vom 29.11.1994 (GVObI. MV S. 1058), zuletzt geändert am 23.7.1998 (GVObI. MV S. 697)
Rh.-Pfl.	Rheinland-Pfalz
RIPE	Réseaux IP Européens
RiVAST	Richtlinien für den Verkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten (RiVAST) vom 18.9.1984 (BANz. Nr. 176 vom 18.9.1984 i. v. m. der Beilage Nr. 47/84), i. d. F. der am 1.3.1993 in Kraft getretenen Änderungsbekanntmachung (BANz. Nr. 40a vom 27.2.1993), auch abgedruckt z. B. in: Schomburg / Lagodny, Internationale Rechtshilfe in Strafsachen ³ , Anhang 11
Rn.	Randnummer
RSA	Verschlüsselungsalgorithmus nach <i>Rivest / Shamir / Adelman</i>
RStV	Rundfunkstaatsvertrag, geschlossen als Art. 1 des Staatsvertrags über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 31.8.1991 (GVBl. Bayern S. 451), zuletzt geändert durch § 22 MDStV
RTP	Real-Time Transport Protocol – s. a. Glossar
s.	siehe; sequens
S.	Seite; Satz
s. a. / s. o. / s. u.	siehe auch / siehe oben / siehe unten
SaarlPolG	Saarländisches Polizeigesetz (SPolG). Gesetz Nr. 1252 vom 8.11.1989 i. d. F. d. Bek. vom 10.5.1996 (ABl. S. 685), geändert am 27.11.1996 (ABl. S. 1313)
SächsOVG	Sächsisches Oberverwaltungsgericht
SächsPolG	Polizeigesetz des Freistaates Sachsen (SächsPolG) i. d. F. d. Bek. vom 15.8.1994 (GVBl. Sachsen S. 1541), geändert am 21.6.1999 (GVBl. Sachsen S. 330)
SächsPRG	Gesetz über den privaten Rundfunk und neue Medien in Sachsen (Sächsisches Privatrundfunkgesetz – SächsPRG) i. d. F. d. Bek. vom 17.3.1998 (GVBl. Sachsen S. 111), geändert am 17.5.1999 (GVBl. Sachsen S. 246)
SächsVerfGH	Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen
SchDÜbk	Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen [Schengener Durchführungsübereinkommen] vom 19.9.1990 (BGBl. 1993 II S. 1013)
SigG	Gesetz zur digitalen Signatur (Signaturgesetz – SigG) vom 22.7.1997, erlassen als Art. 3 IuKDG (BGBl. I S. 1870 [1872]), geändert am 19.12.1998 (BGBl. I S. 3836 [3840])
SK	Systematischer Kommentar (siehe im Literaturverzeichnis unter <i>Rudolphi</i>)
SMTP	Simple Mail Transfer Protocol – s. a. Glossar

SOG LSA	Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt (SOG LSA), Bek. vom 1.1.1996 (GVBl. LSA S. 2), zuletzt geändert am 22.12.1997 (GVBl. LSA S. 1072)
SOG MV	Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern (Sicherheits- und Ordnungsgesetz – SOG M-V –) i. d. F. d. Bek. vom 25.3.1998 (GVOBl. MV S. 335)
sog.	sogenannt
StGB	Strafgesetzbuch (StGB) i. d. F. d. Bek. vom 13.11.1998 (BGBl. I S. 3322)
StIGHÉ	Entscheidungen des Ständigen Internationalen Gerichtshofs, hg. von dem Institut für Internationales Recht in Kiel
StPO	Strafprozeßordnung (StPO) i. d. F. d. Bek. vom 7.4.1987 (BGBl. I S. 1074, ber. S. 1319), zuletzt geändert am 7.9.1998 (BGBl. I S. 2646)
StV	Strafverteidiger
StZ	Stuttgarter Zeitung
SZ	Süddeutsche Zeitung
TCP	Transmission Control Protocol – s. a. Glossar
TDDSG	Gesetz über den Datenschutz bei Telediensten (Teledienstedatenschutzgesetz – TDDSG) vom 22.7.1997, erlassen als Art. 2 IuKDG (BGBl. I S. 1870 [1871])
TDG	Gesetz über die Nutzung von Telediensten (Teledienstegesetz – TDG) vom 22.7.1997, erlassen als Art. 1 IuKDG (BGBl. I S. 1870)
TDSV	Verordnung über den Datenschutz für Unternehmen, die Telekommunikationsdienstleistungen erbringen (Telekommunikationsdienstunternehmen-Datenschutzverordnung – TDSV) vom 12.7.1996 (BGBl. I S. 982)
TKG	Telekommunikationsgesetz (TKG) vom 25.7.1996 (BGBl. I S. 1120), zuletzt geändert am 26.8.1998 (BGBl. I S. 2521)
TKG-BegleitG	Begleitgesetz zum Telekommunikationsgesetz (BegleitG) vom 17.12.1997 (BGBl. I, S. 3108)
U.	Urteil
u. a.	unter anderem
u. s. w.	und so weiter
UDP	User Datagram Protocol – s. a. Glossar
UN / UNO	United Nations (Organisation)
UrhRG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) vom 9.9.1965 (BGBl. I S. 1273), zuletzt geändert am 16.7.1998 (BGBl. I S. 1827)
URI / URL	Uniform Resource Identifier / Locator – s. a. Glossar
US / USA	United States of America
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vom 7.6.1909 (RGBl. S. 499), zuletzt geändert am 22.6.1998 (BGBl. I S. 1474)

VE-MEPolG	Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes des Bundes und der Länder vom 11.6.1976, geändert am 25.11.1977, in der Fassung des Vorentwurfs zu Änderung des Musterentwurfs gemäß Beschluß der Innenministerkonferenz vom 25.11.1977, Stand 12.3.1986 (siehe <i>Kniessel / Vahle</i> , Polizeiliche Informationsverarbeitung und Datenschutz im künftigen Polizeirecht)
VerfSchG NW	Gesetz über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen – VSG NW –) vom 20.12.1994 (GVBl. NW 1995, S. 28)
VerwArch.	Verwaltungsarchiv: Zeitschrift für Verwaltungslehre, Verwaltungsrecht und Verwaltungspolitik
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) i. d. F. d. Bek. vom 19.3.1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert am 31.8.1998 (BGBl. I S. 2600)
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) i. d. F. d. Bek. vom 21.9.1998 (BGBl. I S. 3050) [Die Vorschriften des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Bundes werden hier zugleich exemplarisch für die wortgleichen Vorschriften der Verwaltungsverfahrensgesetze der Länder zitiert, soweit nicht anders angegeben.]
VwVG	Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz (VwVG) vom 27.4.1953 (BGBl. I S. 157), zuletzt geändert am 17.12.1997 (BGBl. I S. 3039)
WaffG	Waffengesetz (WaffG) i. d. F. d. Bek. vom 8.3.1976 (BGBl. I S. 432), zuletzt geändert am 21.11.1996 (BGBl. I S. 1779)
WWW	World Wide Web – s. a. Glossar
z. B.	zum Beispiel
ZFIS	Zeitschrift für Innere Sicherheit in Deutschland und Europa
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung: Vierteljahresschrift für staatliche und kommunale Rechtsetzung
ZPO	Zivilprozeßordnung i. d. F. d. Bek. vom 12.9.1950 (BGBl. S. 533), zuletzt geändert am 19.12.1998 (BGBl. I S. 3836)
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSEG	Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen i. d. F. d. Bek. vom 1.10.1969 (BGBl. I S. 1756), zuletzt geändert am 17.12.1997 (BGBl. I S. 3108)
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht

A. Einleitung

Als *Johannes Gutenberg* die Heilige Schrift erstmals mit gegossenen, beweglichen Lettern druckte, bescherte er uns mit dem Fortschritt auch einen frühen Markstein für eine der neuzeitlichen Zumutungen: Neue Kommunikationsmittel fordern die öffentliche Verantwortung heraus. Diese Erfahrung hat sich seitdem noch einige Male wiederholt, und so ist sie auch für den jüngsten Sprung in der Entwicklung der Kommunikationsmittel, für den das Schlagwort „Internet“ steht, nichts prinzipiell Neues.

I. Die Entwicklung des Internets in groben Zügen

Das Internet ist ein weltumspannendes Geflecht selbständiger Computernetze, die infolge einer elementaren technischen Konvention untereinander kommunizieren können. Seine Wurzeln liegen in einem Forschungsprojekt namens „Arpanet“, in dem die dem US-Verteidigungsministerium unterstellte Advanced Research Projects Agency (ARPA) 1969 zunächst vier Computer in verschiedenen US-amerikanischen Universitäten zu einem Computernetz zusammenschloß.¹ Daß das Ziel dieses Projekts eine militärische Kommunikationsstruktur gewesen sein soll, bei der ein kriegsbedingter Ausfall von Teilen des Netzes die Kommunikation der verbleibenden Teile nicht berührt hätte, scheint eine Legende zu sein², illustriert aber eine hervorstechende Eigenschaft der im Arpanet entwickelten Verfahren der Computerkommunikation, nämlich ihre Robustheit gegenüber Störungen oder Eingriffen. – Das Arpanet wurde rasch um Verbindungen mit weiteren Universitäten und Forschungseinrichtungen erweitert. 1983 wurde das Arpanet auf diejenigen technischen Konventionen umgestellt, die für die weitere Entwicklung entscheidend werden sollten. Mit dieser Umstellung war für das Arpanet und die mit ihm verbundenen Computernetze, die nach diesen Konventionen miteinander kommunizierten, die Bezeichnung „Internet“ etabliert. – Vor allem die Nutzung durch die amerikanischen Universitäten sorgte für den raschen weiteren Ausbau der Vernetzung. Während

¹ Diese und die folgenden Angaben in diesem Absatz stammen aus *Leiner [u. a.]*, A Brief History of the Internet [el. pub.]; *Zakon*, Hobbes' Internet Timeline [el. pub.]; siehe ferner *Griese / P. Sieber*, Internet als erste Ausbaustufe des Information Highway, in: *Hilty* (Hg.), Information Highway, S. 43-52, 60-63; *Tanenbaum*, Computer Networks³, p. 47-54.

² *Leiner [u. a.]*, A Brief History of the Internet [el. pub.], Fn. 5.

1989/90 das Projekt Arpanet aufgelöst wurde, wuchs das Internet zu einem grundsätzlich jedem Erdbewohner zugänglichen Kommunikationsmittel weiter. In Europa koordinierten ab 1986 die Réseaux Associés pour la Recherche Européenne (RARE) einen europäischen Forschungsnetzverbund, der mit der Gründung der Réseaux IP Européens (RIPE) 1989 dem Internet-Standard folgte. Die bis dahin beherrschenden Anwendungen der Internet-Kommunikation waren der Austausch von Textnachrichten per „elektronischer Post“ und das Angebot von Computerdateien zum Abruf per Dateienfernkopie.

1989 stellte ein Mitarbeiter des europäischen Kernforschungszentrum CERN in Genf ein Konzept zur Verknüpfung von Informationen vor, das den Keim zur weltweiten Verknüpfung von Internet-Angeboten legte. 1993 begann die kostenlose Verbreitung eines von einem Studenten in den USA entwickelten Computerprogramms, mit dem man erstmals ohne besondere technische Kenntnisse durch die untereinander verknüpften Internet-Angebote blättern konnte. Diese beiden entscheidenden Erleichterungen bei der Nutzung des Internets brachen dem Internet binnen weniger Monate zunächst als Massenspielzeug, dann bald als Medium für wirtschaftliche Nutzungen verschiedenster Art die Bahn.³ Für Anfang 1999 schätzte man die Zahl der im Internet angeschlossenen Computer weltweit auf über 43 Millionen⁴.

Neben dem Internet gibt es noch andere, auch weltumspannende Computernetze. Für die zugrundeliegende Entwicklung der Kommunikationsmittel hat das Internet nur exemplarischen Charakter – dies freilich dergestalt, daß es in hervorragender Weise alle durch diese Entwicklung aufgeworfenen Fragen auf sich zieht.

II. Die staatlichen Aufgaben im Bereich der Internet-Kommunikation

Dies sind für die öffentliche Verantwortung heute andere Fragen als zur Zeit der Erfindung des Buchdrucks. Die öffentliche Verantwortung war damals noch in der kirchlichen und weltlichen Obrigkeit verkörpert, heute ist sie es – mancher mag etwas voreilig auch hier schon sagen: noch – im Staat. Die Sorge, mit

³ Eine Chronologie dieses Durchbruchs ist abrufbar unter <URL: <http://www.w3.org/History.html>>. – Zu einigen Momentaufnahmen des dadurch ausgelösten Internet-Booms siehe den Artikel „Klick in die Zukunft“, DER SPIEGEL 1996/11, S. 66-99.

⁴ *Zakon, Hobbes' Internet Timeline* [el. pub.]. Das Wachstum des Internets wird an folgenden dort ebenfalls angegebenen früheren Stückzahlen deutlich: 1969 – 4 angeschlossene Computer; 1983 – 562; Anfang 1993 – etwa 1,3 Millionen; Anfang 1996 – etwa 14 Millionen. Weiterführende Angaben enthält der in der OECD erarbeitete Bericht über „Internet Infrastructure Indicators“, DSTI/ICCP/TISP(98)7/FINAL, September 1998, abrufbar unter <URL: <http://www.oecd.org/dsti/sti/it/cm/prod/tisp98-7e.htm>>.

welcher die alte Zensur dem Buchdruck begegnete, nämlich die Sorge um die Autorität der kirchlichen Lehre und ihrer Organe, um den der Obrigkeit geschuldeten untertänigen Gehorsam und um die öffentliche „gute“ Moral, diese Sorge ist der demokratische Verfassungsstaat des ausgehenden 20. Jahrhunderts längst losgeworden.⁵ Auch von den modernen Sorgen, die das Internet hervorruft, kümmert den Staat nur ein Ausschnitt. Insbesondere ist es keine Frage der staatlichen Verantwortung, ob das Internet die gesellschaftliche Kommunikationskultur zu den neuen Ufern eines „herrschaftsfreien Diskurses im globalen Dorf“ führt oder im Gegenteil in der „Wüste Internet“ verlorengehen läßt.⁶ Der Staat betrachtet das Internet schlicht als Betätigungsfeld gesellschaftlicher Freiheit und beschränkt sich darauf, die Rahmenbedingungen für deren Entfaltung zu ordnen.

Dazu gehört es unter anderem, daß der Staat die Grenzen der Freiheit beim Gebrauch des Internets als Kommunikationsmittel durchzusetzen versucht: Wenn Kommunikation im Internet ein Schutzgut der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu beeinträchtigen droht, sollte der Staat sie in Erfüllung seiner Gefahrenabwehraufgabe verhindern; wenn sie den Tatbestand einer rechtswidrigen Tat verwirklicht, hat der Staat den Täter zur Durchsetzung seines Strafanspruchs zu überführen. Zum Gegenstand des Gefahrenabwehr- oder Strafverfolgungsinteresses wird die Internet-Kommunikation außerdem dann, wenn sie Aufschluß über anderweitige Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung und über anderweitige rechtswidrige Taten gibt. Die vorliegende Arbeit will untersuchen, wie der Staat seinen Aufgaben zur Gefahrenabwehr und zur Strafverfolgung im Bereich der Internet-Kommunikation nachkommen kann.

⁵ In den modernen Diktaturen wurde und wird sie freilich – mutatis mutandis – weitergepflegt. Gerade gegenüber dem Vorwurf aus Kreisen der Internet-Begeisterten, die jegliche rechtliche Grenze für Äußerungen im Internet als „Zensur“ brandmarken wollen, muß die Erinnerung an das Gesicht der modernen Zensur die Maßstäbe zurechtrücken. Um sich hiervon einen Begriff zu machen, ist beispielsweise ein Blick in die Praxis der DDR lehrreich, wie sie sich für einen Ausschnitt bei *Siegfried Bräuer / Clemens Vollnhals* (Hg.): „In der DDR gibt es keine Zensur“, Leipzig 1995, dokumentiert findet. – Instrukтив zur Abgrenzung eines sinnvollen Wortgebrauchs gegen einen unterscheidungslosen „feuilletonistischen“ Zensurbegriff *Fiedler*, Die formale Seite der Äußerungsfreiheit, S. 30 f.

⁶ Einen guten Überblick über einige gesellschaftspolitische Diskussionsbeiträge mit Nachweisen bietet *Foitzik*, Deutschland digital? Chancen und Risiken der „Informationsgesellschaft“, HK 1998, S. 298-302. Siehe ferner *Lem*, Zu Tode informiert. Risiken und Nebenwirkungen der globalen Vernetzung, DER SPIEGEL 1996/11, S. 108 f.; *Schwenzer*, Unbegrenzte Möglichkeiten? Das Internet als Chance und Herausforderung, HK 1996, S. 519-524. Bereits jenseits der Gesellschaftspolitik liegen die „philosophischen Erwägungen“ von *K. Müller*, Verdoppelte Realität – virtuelle Wahrheit, Die politische Meinung, Heft 344 (Juli 1998), S. 59-70.